2017/45 Inland

https://jungle.world/artikel/2017/45/fundis-gegen-selbstbestimmung

In Hessen bringen fundamentalistische »Lebensschützer« eine Ärztin vor Gericht

Fundis gegen Selbstbestimmung

Von **Veronika Kracher**

In Gießen muss sich eine Ärztin vor Gericht wegen des Vorwurfs der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verantworten. Die Anzeige kam aus dem Milieu christlicher Abtreibungsgegner und rechter Organisationen.

In zwei Wochen muss die Gießener Ärztin Kristina Hänel vor Gericht. Ihr drohen zwei Jahre Gefängnis. Die Anklage wirft ihr vor, Schwangerschaftsabbrüche beworben zu haben. Wer sich die Mühe macht, Hänels Website aufzusuchen, wird dort jedoch keineswegs Sprüche wie »Ungewollt schwanger? Nicht mehr lange!« oder gar Aufforderungen lesen, sich für eine Abtreibung zu entscheiden. Es finden sich lediglich der Hinweis darauf, dass die Praxis Schwangerschaftsabbrüche anbietet und auf Nachfrage weitere Informationen erhältlich sind.

Für die christlichen Fundamentalisten der Gruppe »Nie wieder e. V.«, für die Abtreibung nicht nur mit Mord, sondern sogar mit Völkermord gleichzusetzen ist, ist das Grund genug, Hänel vor das Gießener Amtsgericht zu bringen. Zweimal, 2006 und 2008, versuchten sie es bereits, jedoch ohne Erfolg. Schwangerschaftsabbrüche bis zum dritten Monat sind in Deutschland nach dem Paragraphen 218a nach wie vor illegal, jedoch nicht strafbar. Strafbar ist dagegen doch nach Paragraph 219a die Werbung für einen derartigen Eingriff. Dies erschwert es ungewollt Schwangeren, sich adäquat darüber zu informieren, welche Ärztinnen und Ärzte in ihrer Nähe Abtreibungen vornehmen.

> Wenn er nicht gerade eine Ärztin vor Gericht bringt, kümmert Klaus Günter Annen sich um Internetseiten wie »Abtreiber.com« oder »Babykaust.de«, wo er Holocaust-Relativierung betreibt.

Die sich euphemistisch als »Lebensschützer« bezeichnenden Fundamentalisten und Fundamentalistinnen mögen sich zwar um das Leben eines unentwickelten Fötus sorgen, für das selbstbestimmte Leben von Frauen hingegen haben sie eher wenig übrig. Hinter »Nie wieder e. V.« steht in erster Linie der ehemalige Autoverkäufer Klaus Günter Annen. Wenn er nicht gerade eine Ärztin vor Gericht bringt, kümmert er sich um Internetseiten wie »Abtreiber.com« oder »Babykaust.de«, wo er gegen die Wahlfreiheit für Schwangere

hetzt, Kliniken und Praxen auflistet, die Abbrüche vornehmen, und Holocaust-Relativierung betreibt: Abtreibungen seien »eine Steigerungsform der grausamen Verbrechen« der Nazis, schreibt Annen.

Die Ideologie der »Lebensschützer« basiert auf einem patriarchalen und essentialistischen Geschlechterbild, das direkt aus der Bibel abgeleitet wird. Homosexualität ist eine Sünde, Transgeschlechtlichkeit eine Krankheit, und Frauen haben Mütter zu sein – heterosexuell selbstverständlich.

Evangelikale Ideologe in Hessen

Annen firmiert mit einer Adresse im baden-württembergischen Weinheim, nahe der Grenze zu Hessen. In einigen strukturschwachen Teilen Hessens gibt es evangelikale Ideologen. Gerade im etwas weiter nördlich gelegenen Lahn-Dill-Kreis betreiben sie Jugendarbeit und rekrutieren über Freizeitaktivitäten und in Jugendzentren Nachwuchs. Die evangelikale Lebensweise erscheint dort als gesellschaftliche Normalität.

Als auf den ersten Blick wohltätige Institution inszeniert sich beispielsweise das »Help Center e. V.« in der Gemeinde Dautphetal im benachbarten Landkreis Marburg-Biedenkopf. Es bietet Hilfe bei Sucht, psychischen Störungen, Essstörungen und Traumata an. Teil des Vereins ist das »Haus des Lebens«, das ungewollt schwangere Frauen aufnimmt. Doch anstatt sachlich das Für und Wider eines Abbruchs abzuwägen, wird die Betroffene von Beginn an mit fundamentalistischer Ideologie indoktriniert – »schützende und heilende Begleitung« heißt das im Jargon der »Lebensschützer«.

Sprachrohr der evangelikalen Bewegung in Hessen ist die sogenannte Nachrichtenagentur Idea, die auch unter Protestanten wegen ihres mit einem journalistischen Anspruch nicht zu vereinbarenden Missionierungsgedankens umstritten ist. Die Agentur hat sich dem Kreationismus verschrieben und befürwortet die Idee einer »Judenmission«, also des Bekehrens von Menschen jüdischen Glaubens zum Christentum, Artikel von Idea-Autoren erscheinen auch in der neurechten Jungen Freiheit.

Auch das lauschige Universitätsstädtchen Marburg kann neben rechten Burschenschaften und einem islamistischen Milieu mit zahlreichen christlich-fundamentalistischen Organisationen aufwarten. Die Organisation »Christus-Treff« (CT) betreibt hier einen Buchladen, in dem man sich zum Cappuccino reaktionäre Literatur zu Gemüte führen kann, sowie einen Jugendtreff und ein evangelikales Gemeindezentrum. Der CT ist eng mit der Organisation »Offensive junger Christen« verbandelt, die Verfechter der »Homoheilung« ist, also Homosexualität durch »Therapie« beseitigen will. 2009 fand unter der Beteiligung des CT der »Kongress für Psychotherapie und Seelsorge« statt, der homo- und transphoben Gruppen eine Bühne bot.

Gute Kontakte zur AfD

In Frankfurt am Main hat beispielsweise seit 1983 die katholische Organisation »Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur« ihren Sitz. Zu ihren Funktionären zählt Mathias von Gersdorff, der die »Aktion Kinder in Gefahr« leitet, in der *Jungen Freiheit* veröffentlicht und gute Kontakte zur stellvertretenden AfD-Bundesvorsitzenden Beatrix von Storch und zur antifeministischen Publizistin Birgit Kelle pflegt – auch hier zeigen sich die Überschneidungen des christlichen-fundamentalistischen Milieus der »Lebensschützer« und der äußersten politischen Rechten. Dass sich durch die Erfolge der AfD und extrem rechter Bewegungen wie Pegida auch die christlichen Abtreibungsgegner bestätigt fühlen, ist nicht verwunderlich.

Der Fall Hänel zeigt, dass sie dabei auch auf Rückhalt bei Staatsanwaltschaften und Gerichten hoffen können. Hänel ist zwar nicht die erste Ärztin, die wegen Werbung für Schwangerschaftsabbrüche angeklagt wird. Einen ähnlichen Fall gab es bereits 2007 in Bayreuth. Dennoch könnte sich das Gießener Verfahren zu einem Präzedenzfall entwickeln. Hänel hat beschlossen, im Fall ihrer Verurteilung durch alle Instanzen zu gehen. »Ich werde eine Verurteilung nicht akzeptieren, egal welche«, sagte sie der Frankfurter Rundschau. Der Prozessauftakt soll von einer Solidaritätskundgebung für Hänel begleitet werden.

© Jungle World Verlags GmbH